

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Uli Henkel

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Josef Schmid

Abg. Johannes Becher

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Matthias Enghuber

Staatsminister Joachim Herrmann

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gemäß § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion

"Ein klares Nein zum Ruf des Muezzins in Bayern"

Sie kennen das Prozedere: grundsätzlich 5 Minuten bzw. 10 Minuten, wenn jemand auf seine Redezeit verzichtet.

Als Erstem erteile ich dem Kollegen Uli Henkel für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen!

Allāhu akbar

Ašhadu an lā ilāha illā llāh

Ašhadu anna Muḥammadan rasūlu llāh

Ḥayya ʿalā ṣ-ṣalāt

Ḥayya ʿalā l-falāḥ

Allāhu akbar

Lā ilāha illā llāh

(Beifall bei der AfD)

Wer um 5:00 Uhr früh in Kairo, Jakarta oder Istanbul mit dem Ruf des Muezzins aufwacht, weiß sofort, dass er in einem fernen, aufregenden Land mit muslimischer Mehrheit weilt. Wer dagegen die Glocken läuten hört – sei es in Rom, in den Schweizer Alpen oder gerne auch in Kirschmichelhausen –, weiß, dass er sich in einem Land mit christlichen Wurzeln befindet. Vor allem weiß er dann auch zugleich, wie spät es ist.

Die Oberbürgermeisterin von Köln, die nach den massenhaften sexuellen Übergriffen auf der Kölner Domplatte den Frauen ihrer Stadt den wertvollen Tipp gab, zu unbekannten Männern doch immer eine Armlänge Abstand zu halten, hat nun vor wenigen Tagen erst mutwillig Dämme eingerissen.

Wie so viele Politiker in unserem Lande, die keine Ahnung haben, wovon sie sprechen, die sich zumindest außerhalb der Fünfsternehotels auch noch nie wirklich in einem vom Islam dominierten Land aufgehalten haben, hat sie sich mit einer Naivität für den Ruf des Muezzins ausgesprochen, die einfach nur erschreckend ist. Damit hat sie sich in eine Riege von Islamverharmlosern eingereiht, denen man eigentlich allen wünschen müsste, dass sie auch einmal unter der Scharia zu leben hätten, aber selbstverständlich wünscht kein freundlicher AfD-Politiker anderen Menschen ein so hartes Schicksal.

Deshalb aber nun die heutige Aktuelle Stunde der AfD gemäß der Devise: Wehret den Anfängen! Wenn wir den Muezzinruf auch in Bayern zulassen, wäre das ein weiterer und fast schon finaler Schritt in Richtung Durchbruch des politischen Islams und dessen religiöser Einverleibung eines ursprünglich doch einmal jedenfalls ganz überwiegend christlich geprägten Landes.

Wenn der Adhān, also der islamische Gebetsruf, erklingt, sagt uns der Muezzin Folgendes: Allah ist der Allergrößte. Ich bezeuge, dass es keinen Gott außer Allah gibt. Ich bezeuge, dass Mohammed der Gesandte Allahs ist. Kommt her zum Gebet. Kommt her zum Heil. Allah ist der Allergrößte. Es gibt keinen Gott außer Allah.

Man muss diesen Ruf also zunächst einmal analysieren, um dann zu entscheiden, ob er auch zu unserer Werteordnung passt, wenn man denn künftig eine Bevölkerung zu beschallen gedenkt, die aus Menschen unterschiedlichster Religionen und sogar solchen besteht, die jegliche Religion ablehnen.

(Zuruf)

Es geht hier nämlich gerade nicht um das Spirituelle, sondern um Politik, um Gebietsansprüche und um den Zugriff auf Menschen; denn der Ruf des Muezzins ist ein Glaubensbekenntnis, das eine angebliche Überlegenheit des Islams zum Ausdruck bringen soll. Wo bleibt da nur die Toleranz, die stets von muslimischen Interessenvertretern in

den eigenen Belangen gefordert wird, wenn es denn keinen Gott gibt außer Allah, sprich, alle anderen Angebeteten also wohl nur Götzen sein sollen?

Religiöse Freiheit ist im Islam nicht vorgesehen; denn der Islam ist keine private Weltanschauung wie das Christentum nach unserem freiheitlichen säkularen Verständnis, sondern die einzige geistige, sittliche und rechtliche Grundlage einer für Muslime akzeptablen Gesellschaftsordnung.

Dass also unsere naiven Politiker in voreuseilendem Gehorsam glauben, doch nur die Vielfalt respektieren zu wollen, dabei aber die Beschallung durch den Ruf einer Religion erlauben, unter deren Herrschaft Atheisten, Homosexuelle, Juden und Apostaten zumindest diskriminiert und oft gar sogar mit dem Tode bedroht werden, ist einfach nur billigste Anbiederung gepaart mit unglaublicher Dummheit. Wenn wir das aber auch in Bayern zulassen, verraten wir unsere eigenen Werte und werden so auch unser Ziel, Toleranz und Integration zu fördern, ganz sicher nicht erreichen.

(Zuruf)

Mina Ahadi, die Vorsitzende des Zentralrats der Ex-Muslime, fordert in ihrem Brandbrief, sich dem Ruf des Muezzins zu widersetzen, aufzustehen und zu protestieren. Sie richtet sich dabei an alle Menschenrechtsorganisationen in Deutschland, an atheistische Organisationen, an Kirchenkritiker und Säkularisierungsbefürworter sowie an Frauen und LGBTIQ-Verbände – kurz: an all die Menschen, die definitiv unter Koran und Scharia zu leiden hätten und schon jetzt weltweit zu leiden haben.

Selbst eine Muslima wie die nordrhein-westfälische Integrationsstaatssekretärin Serap Güler von der CDU hebt hervor, dass der Muezzinruf für die Religionsausübung nicht zwingend sei. Die türkischstämmige Soziologin, Publizistin und Islamexpertin Dr. Necila Kelek legt den Finger in die klaffende Wunde des Widerspruchs zwischen Islam und Frauenrechten: Wenn "Allahu akbar" gerufen wird, kommen Männer zusammen, die ihre Frauen zu Hause haben. Diese Frauen haben aber laut den Männern keinen

Platz in der Öffentlichkeit – daher auch das Kopftuch, falls sie sich doch in der Öffentlichkeit bewegen sollten.

Die Rechtsanwältin und Moscheegründerin Seyran Ateş äußert sich auf Twitter zu dem schiefen Vergleich mit dem Glockengeläut wie folgt: Kirchenglocken dürfen auch von Frauen geläutet werden. In den Moscheen aber wird niemals die Stimme einer Frau zu hören sein. Eine Stimme bekommt nur das religiöse Patriarchat, und das sei in den meisten Gemeinden schon jetzt ohrenbetäubend laut.

Nun aber zurück nach Bayern, denn, wie zu erwarten war, denkt man auch im grün-roten München bereits darüber nach, bald dem Beispiel Kölns zu folgen. Klar dürfte schon jetzt sein: Wenn wir dem hier und heute nicht ganz entschieden entgegentreten, wird der Muezzinruf kommen – erst zaghaft und nur in wenigen, dann in immer mehr der 3.000 Moscheen in Bayern und Deutschland. Er wird lauter werden und bald schon auch häufiger erschallen als nur am Freitag.

Wenn sich der Herr Innenminister diesbezüglich aber lediglich mit Argumenten aus dem Baurecht und dem Immissionsschutzrecht aus der Verantwortung für ein klares Nein stehlen möchte, sollten wir alle ihm das heute nicht durchgehen lassen. Ein von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gewünschtes Verbot des Muezzinrufs am Ende nur über den Umweg der Lärmbelästigung durchzusetzen, ist offen gesagt auch wirklich unangemessen.

Ein aus meiner Sicht ganz wichtiger Punkt bei all diesen teils technischen, teils ideologischen, teils missionierenden und teils moralingetränkten Debatten um den Ruf des Muezzins aber – auch das scheint wieder einmal niemand zu wissen – ist doch die eherne Regel in der muslimischen Gesellschaft, dass überall dort, wo man den Muezzin hören kann, auch die Umma, also die Gemeinschaft der einzig Rechtgläubigen, zu verorten ist, sprich: dass dort eine Mehrheit der Muslime lebe, es sich also bereits um islamisches Territorium handele, auch wenn in Wahrheit vielleicht nur 5 % der Bewohner wirklich bekennende und vor allem praktizierende Muslime sind.

Meine Sichtweise bestätigt der Integrationsexperte Ahmad Mansour: Hier geht es nicht nur um Religionsfreiheit oder Vielfalt, wie stets gerne behauptet wird, sondern die Moscheebetreiber zelebrieren den Muezzinruf als Machtdemonstration über ihr Stadtviertel. Die so beglückten Muslime fühlen sich damit aber doch nur in ihrer Parallelgesellschaft bestärkt und werden einen Teufel tun, auf die Mehrheitsgesellschaft zuzugehen.

Sich dem Herrschaftsanspruch des politischen Islams zu widersetzen, ist somit praktizierter Verfassungsschutz; denn Islam bedeutet Unterwerfung –

(Zuruf)

auch die unserer weltlichen Gesetze und sogar der allgemeinen Menschenrechte unter Koran und Scharia, die gerade keine Religionsfreiheit akzeptieren und somit klar gegen Artikel 4 des Grundgesetzes verstoßen.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie es in Bayern bitte nicht so weit kommen! Lassen Sie sich nicht täuschen. Bleiben Sie einmal standhaft und machen Sie von diesem Plenum aus zeitnah allen Gemeinden und Städten in Bayern mit einer Resolution klar, dass der Muezzin hier nicht rufen darf, zumindest nicht, bevor der Change of Majority eingetreten ist, sprich: bis mehr als 50 % der Bürger im Land dem Islam angehören. Denn dann ändert sich ohnehin alles – sicherlich zur großen Freude der Töchter und Enkelinnen der Kollegen von GRÜNEN und SPD. Bis dahin aber vertreten wir als AfD die Mehrheit der 76 % der Bevölkerung in Deutschland,

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

die einen Muezzin-Ruf in unserem Lande nicht wünscht. – Inshallah!

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit keine Unsicherheit auftritt: Kollege Henkel hat die 10 Minuten ausgeschöpft. Damit verzichtet – –

(Zuruf des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

– Nein, es gibt keine Restzeit mehr. Das wollte ich gerade erklären. Die Regelung ist: Wenn einer 10 Minuten sprechen kann und diese nicht ausschöpft, dann ist trotzdem kein zweiter Redner mehr möglich.

(Zurufe: Ah! – Wie schade!)

Kollege Singer weiß dies auch schon; ich habe ihn darauf hingewiesen. Das wollte ich nur erklären.

(Widerspruch bei der AfD – Zurufe: Ah!)

– Ganz ruhig!

Jetzt hat der Kollege Prof. Dr. Bausback für die CSU-Fraktion – in diesem Fall auch 10 Minuten – das Wort.

(Beifall bei der CSU)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Worum sollte es eigentlich gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Wir leben heute in dem freiesten, demokratischsten und rechtsstaatlichsten Deutschland, das es jemals gegeben hat. Meine Damen und Herren, uns allen – jedenfalls, so denke ich, der weit überwiegenden Mehrheit der hier Anwesenden, den demokratischen Fraktionen – ist klar, dass wir diese Freiheit, diese Errungenschaften, diese Demokratie nur erhalten werden, wenn wir als Willensnation zusammenstehen, wenn wir diese Verfassungsordnung mit ihren maßgeblichen Strukturen gemeinsam tragen. Freiheit ist immer gefährdet, Kolleginnen und Kollegen. Freiheit ist nicht selbstverständlich; das sehen wir an vielen Orten der Welt.

Es geht darum – auch in der Auseinandersetzung mit dem radikalen Islam, den ich als "politischen Islam" bezeichne –, dass wir die Mahnung von Sir Karl Popper ernst nehmen, der von dem "Paradoxon der Freiheit und der Demokratie", dem "Paradoxon der Toleranz" sprach, wenn er zum Beispiel ausführte:

Denn wenn wir die uneingeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die [...] Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.

Sir Karl Popper, einer der wichtigsten politischen Philosophen der Gegenwart.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen denen entgegentreten, die unseren Staat, unsere Werte bekämpfen. Dazu gehören viele Extremismen, auch diejenigen, die unter dem Deckmantel der Religion bzw. Religionsfreiheit unsere Werte bekämpfen; diejenigen, die an die Stelle unserer Freiheit und Demokratie eine andere Ordnung setzen wollen; diejenigen, für die Ehe eben auch Kinderehe bedeutet; diejenigen, für die Universität nicht freie Kommunikation bedeutet, sondern die zulassen wollen, dass auch Vollverschleierte in Kurse gehen; diejenigen, die sich in Parallelgesellschaften zurückziehen wollen, in denen die Rechtsordnung des Staates eben nicht als das Maßgebliche angesehen wird.

Meine Damen und Herren, wenn wir unsere Freiheit gemeinsam verteidigen wollen, dann ist es aber wichtig, dass wir einen differenzierten Blick auf die Gesellschaft richten. Wenn Sie differenziert auf die Gesellschaft blicken, dann sehen Sie engagierte Menschen, zum Beispiel die Augsburger Rechtsanwältin Frau Simsek, die Frauen beisteht, die sich in patriarchalischen Zwangssituationen befinden. Dazu gehört Necla Kelek, eine überzeugte Frauenrechtlerin, die eben auch eine Position zum Kopftuch hat. Dazu gehört die Jesidin Düzen Tekkal. Dazu gehört der Wissenschaftler Bassam Tibi, der schon vor Jahrzehnten gesagt hat, dass sich der Islam, wenn er einen Platz

hier haben will, ein Religionsverständnis entwickeln muss, das mit unseren Werten in Einklang zu bringen ist. Bassam Tibi hat damit einem Euro-Islam das Wort geredet.

Meine Damen und Herren, diese und viele andere Menschen mehr – die sich auch zum Islam zählen! – vertreten unsere Werteordnung, unsere Freiheit. Sie vertreten sie glaubwürdiger, mit mehr Verve und Inbrunst als diejenigen, die sich heute hier – wie die Mehrheit der Partei AfD – als Retter des Abendlandes aufspielen, aber selbst eigentlich nicht zu unseren Werten stehen.

(Beifall – Widerspruch bei der AfD)

Meine Damen und Herren, eines ist klar: Der Gebetsruf ist kein Mittel, das zu mehr Integration führt. Es ist auch kein Ausweis von Toleranz, wenn man sagt, das gehöre jetzt zu uns und der gesellschaftliche Friede wachse, wenn wir das jetzt pauschal zuließen.

Der Gebetsruf zum Freitagsgebet ist nicht undifferenziert zu sehen. Es macht, jedenfalls für mich, politisch einen Unterschied, ob der Gebetsruf von einer Moschee ausgerufen wird, die dem politischen Islam zuzuordnen ist, von einer Moschee zum Beispiel, die der DITIB angehört, die dem Präsidenten Erdogan immer wieder ein politisches Forum bietet, oder ob ein solcher Gebetsruf von einer Reformgemeinde wie der von Seyran Ateş ausgeht. Das ist nicht egal.

Wenn Ahmad Mansour in einer Stellungnahme seine Erfahrungen aus Berlin beschreibt und feststellt, dass in einigen Seitenstraßen von Anhängern der Moschee, die er im Sinn hat, der von dieser – in der Corona-Zeit – ausgehende Gebetsruf nicht als Ausweis der Toleranz unserer Gesellschaft, sondern als Sieg des politischen Islam, wie er in dieser Moschee gepredigt wird, angesehen wurde, dann muss einem das zu denken geben.

Wir dürfen, in Deutschland jedenfalls, nicht die radikalen Richtungen stärken. Wir dürfen den Moscheen, die den politischen Islam als Nährboden auch für Terror und Un-

freiheit verbreiten, nicht den Eindruck vermitteln, als würde die Demokratie, die Freiheit zurückweichen. Deshalb ist aus meiner Sicht auch das Kölner Modell, das ganz pauschal versucht, einen Gebetsruf zum Freitagsgebet zuzulassen, nicht die richtige Herangehensweise.

Viele Menschen, die dem Euro-Islam und anderen aufgeklärten Richtungen des Islam angehören, zum Beispiel Prof. Khorchide, argumentieren, dass der Gebetsruf keine zwingende religiöse Notwendigkeit darstelle. Aber darum geht es nicht. Wenn wir nicht differenzieren können, dann müssen wir sehen, dass wir eine klare Grenze gegenüber denjenigen ziehen, die unsere Demokratie am Ende nicht akzeptieren. Wir müssen genauso zu denjenigen stehen, die mit uns gemeinsam – zum Teil im Hinblick auf persönliche Erfahrungen – unsere Freiheit, unsere Demokratie, unser Staatssystem, unsere Art zu leben verteidigen. Diese Menschen müssen wir stärken. Mit ihnen gemeinsam müssen wir unterwegs sein.

Darum geht es und nicht um die Frage, wer jetzt der Tolerantere, der Bessere ist. Sondern es geht um die Frage: Wo ziehen wir die Grenze? Wer kämpft mit uns für unseren Staat, für eine wehrhafte, freiheitliche Demokratie? Wer ist genauso wie die Mehrheit in dem großen Haus hier dafür, dass wir in der nächsten und übernächsten Generation genauso frei, genauso rechtsstaatlich und genauso sicher leben, wie wir das heute tun? Das sollte Maßgabe für uns alle sein.

Es ist nicht hilfreich, wenn wir DITIB-Moscheen wie zum Beispiel der Zentralmoschee in Köln die Möglichkeit für einen solchen Gebetsruf einräumen, ohne dass ein Anlass dazu besteht. Das ist meine Überzeugung. Dazu stehe ich.

Aber es ist wichtig, dass wir differenzieren. Es ist zu vereinfachend und nicht gerechtfertigt, hier alle über einen Kamm zu scheren. Es gibt nicht *den* Islam, Kolleginnen und Kollegen. Es gibt ganz viele Richtungen des Islam. Nur die, die dem politischen Islam angehören, die die Sprache der Religion nutzen, um unter deren Deckmantel die Frei-

heit zu beseitigen, gehören nicht zu uns, und denen müssen wir entschieden entgegenreten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächste Rednerin spricht die Kollegin Gabriele Triebel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Auch sie spricht 10 Minuten.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich klarstellen, wie wir, die GRÜNEN, die heutige Themensetzung der AfD bewerten und einordnen. Mit diesem Thema geht es Ihnen von rechts außen wieder einmal mehr nicht um eine konstruktive Debatte hier im Landtag, sondern lediglich darum, eine Empörungswelle zu entfachen, gegen die Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens zu hetzen und einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Das kennen wir von Ihnen seit drei Jahren in diesem Hohen Haus, und es ist immer wieder schäbig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, Kolleginnen und Kollegen von der AfD – ich weiß, das hören Sie sehr ungern –, der Islam gehört zu Deutschland und selbstverständlich auch zum Freistaat Bayern. Ob Sie von der AfD das wollen oder nicht, das ist Realität.

(Zuruf von der AfD)

Der Aufhänger dieser Empörung ist die Meldung vom Wochenende – das ist ja vorhin gesagt worden –, dass zukünftig in der Stadt Köln der Ruf des Muezzins zu hören ist.

Dazu sollten wir zuerst einmal den Blick auf die Fakten werfen: Rund 5,5 Millionen Musliminnen und Muslime leben hier in Deutschland, ein Drittel davon in NRW. Allein

in Köln gibt es mehr als 120.000 Menschen islamischen Glaubens. Angesichts dieser gesellschaftlichen Pluralität der Stadt Köln hat die Oberbürgermeisterin Anfang Oktober ein Modellprojekt gestartet: Seit letzten Freitag ist es allen muslimischen Gemeinden der Stadt für zwei Jahre gestattet, jeden Freitag für wenige Minuten einen Gebetsruf öffentlich zu übertragen. Dazu werden folgende Bedingungen gestellt:

Erstens. Gemeinden, die sich beteiligen möchten, müssen bei der Stadt einen Antrag stellen, die Anwohnerinnen und Anwohner vorab informieren und einen Ansprechpartner für Beschwerden benennen.

Zweitens. Der Gebetsruf darf freitags in der Zeit zwischen 12 und 15 Uhr für die Dauer von maximal fünf Minuten erfolgen.

Drittens. Auch die maximale Lautstärke des Rufes ist je nach Lage der Moschee mit einer entsprechenden Höchstgrenze zu versehen.

Der Muezzinruf ist also gesetzlich geregelt: zum einen durch das Immissionsschutzgesetz und zum anderen natürlich durch Artikel 4 Absatz 2 in unserem Grundgesetz, in dem die freie Religionsausübung in Deutschland garantiert ist, und zwar für alle Religionsgemeinschaften. Nach unserem geltenden Recht ist dieser Gebetsaufruf also jetzt schon überall in Deutschland möglich. Daran gibt es nichts zu rütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens war der Muezzinruf in einigen Gemeinden, sogar in Bayern, während des ersten Lockdowns im letzten Jahr bereits in mehreren Kommunen mit örtlicher Genehmigung zu hören. Wo war hier Ihr Aufschrei? – Das ist der AfD wohl durch ihre Angst- und Aufwiegelungsmaschinerie gerutscht, weil sie da gerade in der Metamorphose vom Paulus zum Saulus steckte, vom Befürworter des Lockdowns hin zum Trittbrettfahrer bei den Querdenkern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Ja, Angstmache und Verschwörungsmythen, das ist das täglich Brot der AfD.

Die Frage nach einem Muezzinruf wird also in Kommunen auftauchen, in denen es auch eine muslimische Community gibt. Für die Genehmigung öffentlicher Gebetsrufe sind durch das Immissionsschutzgesetz die Städte und Gemeinden zuständig. Als langjährige Kommunalpolitikerin weiß ich, dass Kommunen die jeweilige Situation mit allen Beteiligten vor Ort am besten einschätzen können und damit in der Lage sind, hier gute Lösungen zu finden. Es bedarf also keines Dekrets der AfD, schon gar nicht eines, das einer zutiefst ausgrenzenden und diskriminierenden Haltung gegenüber muslimischen Menschen entspringt.

Es ist klar, dass das Glockengeläut von Kirchen aufgrund seiner jahrhundertealten Tradition einen anderen Stellenwert in der Gesellschaft hat als ein Muezzinruf. Unsere Gesellschaft ist aber kein starres Gebilde. Sie entwickelt sich weiter, Gott sei Dank. Sie wird vielfältiger, und damit gehen wir um. Wir gestalten sie.

Das Ziel demokratischer Parteien ist eine demokratische Gesellschaft ohne Ausgrenzung, so, wie es die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 aus der Erfahrung der NS-Zeit festgeschrieben haben. Die Mittel der demokratischen Parteien sind nicht Angsttreiberei und Hetze, sondern konstruktiv und integrativ auf der Grundlage unseres Grundgesetzes. Wir setzen auf Dialog.

Meine Damen und Herren, gerade der interreligiöse Dialog muss auf allen Ebenen beständig geführt werden und auf Augenhöhe stattfinden. Meine Kolleginnen und Kollegen, diesen Dialog dürfen wir uns nicht durch die islam- und demokratiefeindlichen Parolen und Anträge der AfD vergiften lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kommunen, die Menschen vor Ort, werden also nach dem geltenden Recht entscheiden, und, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sie tun es bereits.

Das Gebot ist also aktuell, die Kirche im Dorf zu lassen, nach geltendem Recht zu handeln und sich durch Parolen von rechten Hetzern nicht aus der Ruhe bringen zu lassen. In diesem Zusammenhang halte ich es mit Landesbischof Bedford-Strohm. In einem Interview vom vergangenen Samstag wird er wie folgt zitiert:

Dass Muslime hier leben, dass sie auch ihre Religion ausüben, und nicht nur im privaten Kämmerlein, gehört für mich zu einer demokratischen Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht als Nächster der Kollege Dr. Fabian Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer angesichts der jüngsten personellen Neuaufstellung der AfD die zarte Hoffnung gehabt haben mag, dass dies zu einer Entradikalisierung dieser Gruppierung führt,

(Unruhe bei der AfD)

der ist spätestens mit dem Parteitag am Wochenende und dem Auftritt in der heutigen Aktuellen Stunde eines Besseren belehrt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die AfD bleibt, und das wird heute noch einmal klar, eine rechtspopulistische Partei im Wortsinne: Die AfD ist rechts, und die AfD ist populistisch. Deshalb sind alle Demokratinnen und Demokraten wohlberaten, gemeinsam dafür zu arbeiten, dass sie dem nächsten Bayerischen Landtag nicht mehr angehört.

(Lebhafter Beifall – Widerspruch bei der AfD)

Die AfD bleibt, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch unter ihrer neuen Führung im besten Sinne eine Two-Issue-Partei, also eine Partei, die nur zwei Themen

hat, nämlich: Corona leugnen auf der einen Seite und Hetze und Stimmungsmache gegen Ausländer und Andersgläubige auf der anderen Seite. Während wir Demokratinnen und Demokraten gemeinsam der Corona-Pandemie die Stirn geboten haben, hat die AfD die Gefahren von Corona geleugnet und jetzt, wo es uns gelungen ist, wieder mehr Freiheit, mehr Normalität zu ermöglichen, da legt die AfD flugs den Schalter um und schaltet wieder auf islamophob und setzt ihre Politik von vor Corona fort, indem sie Stimmung macht gegen Muslime, indem sie Stimmung macht gegen Ausländer. Wäre es nicht so traurig, dann wäre es fast schon zum Lachen, wie billig das ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das Geschäftsmodell, das die neue wie die alte Fraktionsführung dabei in Anschlag bringt, ist immer das gleiche. Es ist sozusagen ein Dreisprung der politischen Geschäftemacherei. Zunächst wird erstinstanzlich ein Problem erfunden, das es gar nicht gibt, um anschließend zweitens entlang dieses vermeintlichen Problems zu hetzen, zu polarisieren, Stimmung zu machen. Drittens wird dann eine Lösung für dieses vermeintliche Problem angeboten, die in aller Regel – Herr Kollege Bausback hat darauf hingewiesen – im Widerspruch zu unserer Verfassung steht. So verhält es sich auch dieses Mal. Das vermeintliche, das erfundene Problem, das heute Thema sein soll, macht die AfD an einem Modellprojekt fest, an einem kommunalen Modellprojekt der Stadt Köln in Nordrhein-Westfalen. Im Übrigen möchte selbst dort in Köln bis heute noch niemand daran teilnehmen, weil noch kein einziger Antrag eingegangen ist. Es ist also ein Nicht-Projekt, das es noch nicht einmal in Köln gibt, ein Projekt, über das in Bayern niemals jemand auch nur eine Sekunde nachgedacht hat.

(Unruhe bei der AfD)

Trotzdem will die AfD die Menschen in Bayern – –

(Unruhe bei der AfD)

– Da können Sie, wenn Sie hier entlarvt werden, so laut dazwischenrufen, wie Sie wollen. Die AfD will die Menschen in Bayern glauben machen, es drohe jetzt eine Situation, in der man in Bayern das eigene Wort nicht mehr hört, weil nachgerade, bei den Alpengipfeln angefangen bis hinein in die fränkischen Weinberge, überall der Ruf des Muezzins alles übertönen würde. – Was für eine absurde, was für eine weltfremde Vorstellung!

Die Lösung, die Sie dafür anbieten, meine Damen, meine Herren von der AfD, die steht wieder im Widerspruch zu unserer Verfassung. Sie wissen genauso gut wie wir, wer über den Ruf des Muezzins in Bayern entscheidet: Das sind sehr zu Recht dem Subsidiaritätsprinzip folgend unsere bayerischen Kommunen im eigenen Ermessen. Sie entscheiden über das Baurecht, ob ein Minarett gebaut werden kann, und sie entscheiden über den Lärmschutz, ob von diesem Minarett aus der Ruf des Muezzins ertönt oder nicht. Was Sie stattdessen vorschlagen, das ist glatter Verfassungsbruch. Sie rufen uns dazu auf, auf Landesebene zu entscheiden, dass die eine eine gute Religion ist und die andere eine schlechte Religion. Wenn wir so vorgehen würden, dann würde das dazu führen, dass wir auch alle unsere christlichen Traditionen der politischen Beliebigkeit aussetzen, das Läuten unserer Kirchenglocken, die Fronleichnamsprozession, die Leonhardi-Ritte. – Das wäre schlicht glatter Verfassungsbruch. Wer aber mit der Verfassung zu brechen bereit ist, der ist vielleicht ein Fall für den Verfassungsschutz. Er hat aber in einem Parlament in Deutschland nichts verloren.

(Lebhafter Beifall – Zuruf: Bravo!)

Sie verhalten sich – und das will ich Ihnen zum Abschluss noch mit auf den Weg geben – damit auch zutiefst unbayerisch. Unser modernes Bayern ist das Land der Liberalitas Bavariae, in dem jeder nach seiner Fassung glücklich werden kann. Wir sind das Land des Augsburger Religionsfriedens. Wir sind ein Freistaat. Die Menschen in Bayern lieben die Freiheit und brauchen keine Bevormundung von der AfD. Deshalb: Wenn Sie sich um Frauenrechte kümmern wollen, dann kümmern Sie sich darum, dass Frauen in Ihrer Partei etwas zu sagen haben. Die wählen Sie nämlich aus dem

Vorstand, sowohl im Land als auch hier im Bayerischen Landtag. Quälen Sie mit diesen billigen Parolen Ihre Parteitage, aber klauen Sie nicht dem Bayerischen Landtag seine Zeit mit solchen sinnlosen Debatten!

(Lebhafter Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht als Nächster Herr Kollege Arif Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Eines vorneweg: Sie, die AfD, sollten sich für diese Debatte schämen. Das ist wahrlich keine Sternstunde für dieses Parlament. Wieder einmal wird das Hohe Haus von Ihnen für Ihre Rechtsaußen-Parolen missbraucht. Die AfD in Bayern ist im Sinkflug. Ihre Wählerinnen und Wähler merken, dass außer rechten Sprüchen nichts von Ihnen kommt. Das ist unterirdisch. Sie haben jetzt Ihre Landespartei noch weiter nach rechts gerückt. Sie unterstützen, obwohl Sie hier im Landtag sitzen, allen Ernstes das Volksbegehren zur Abberufung des Landtags. Ganz ehrlich, wenn alle hier so arbeiten würden wie Sie, dann wären auch alle dafür.

(Unruhe bei der AfD)

Faktisch betreiben Sie doch Arbeitsverweigerung.

(Unruhe bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Außer irgendwelchen abstrusen rechtsradikalen Sprüchen kommt doch nichts als heiße Luft von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Hier im Parlament bemühen wir uns alle, wir streiten uns, setzen uns für die Bürgerinnen und Bürger ein, mit ganz unterschiedlichen Akzenten. Aber was kommt von Ihnen? – Nichts Konstruktives, nur Hass und Hetze.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat Bayern nicht verdient.

(Zuruf von der AfD: Hetze? Wo betreiben wir hier Hetze?)

Wir alle haben auch eine Verantwortung für dieses Land und dafür, wie Bayern in der Welt dasteht. Dieser Verantwortung werden Sie aber nicht einmal ansatzweise gerecht. Nun hat die AfD eine neue Fraktionsführung, nachdem man sich jahrelang nur gestritten hat. Ich habe der Presse entnommen, dass der neue Fraktionsvorstand konstruktiver sein will. – Ein wirklich schlechter Witz.

(Beifall bei der SPD)

Das, hier und heute, ist Ihre erste Aktuelle Stunde. Ist das Ihr konstruktiver Ansatz? – Ganz ehrlich, hier ist einfach nur Braun durch Braun ersetzt worden; denn Sachpolitik können Sie einfach nicht.

(Unruhe bei der AfD)

Diese Aktuelle Stunde zeigt einfach nur, dass Ihr völkischer Flügel den Ton angibt.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der AfD)

Ich weigere mich, inhaltlich – –

(Zuruf von der AfD)

– Wollen Sie noch weiter brüllen?

(Unruhe bei der AfD)

Ich weigere mich, inhaltlich auf diesen Unsinn einzugehen. Sie wollen dieses Land nur spalten. Es ärgert Sie, dass Bayern weltoffen ist. Es ärgert Sie, dass viele Kulturen dieses Land bereichern. Ja, es ärgert Sie, dass ich hier stehe. Ich sage Ihnen: Es freut mich, dass Sie das ärgert.

(Lebhafter Beifall)

Das spornt uns an. Die SPD kämpft für ein buntes Bayern, in dem alle Menschen gerne leben. Die SPD hat sich immer gegen rechtsextremes Gedankengut gewandt.

(Unruhe bei der AfD)

Wir sind das Bollwerk der Demokratie. Sie haben uns heute wieder deutlich gemacht, wie wichtig dieser Kampf ist. Wir werden dafür sorgen, dass Ewiggestrige wie Sie wieder aus diesem Parlament fliegen, damit wir uns nicht mehr mit Ihrem absurden rechten Mist herumschlagen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lassen Sie mich an dieser Stelle aber noch eines ganz deutlich sagen: Natürlich gehört der Islam zu Bayern. Die Lebenswirklichkeit in Bayern zeigt eindeutig, muslimische Menschen wie ich sind Teil dieses Landes. Ich bin Abgeordneter des bayerischen Volkes, und dieses Parlament vertritt dieses Volk, egal ob es christlich, jüdisch, muslimisch oder atheistisch ist.

(Unruhe bei der AfD)

Ihre Verfassungsklage gegen den islamischen Unterricht an unseren Schulen ist da alles andere als hilfreich. Sie verweigern hier einfach nur die Realität. Wir feiern in wenigen Tagen den sechzigsten Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens. Das ist ein Grund zu feiern, weil es unser Land bereichert hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere Max Frisch: "Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen." – Die AfD wird das nie kapieren. Das ist traurig, aber unser schönes buntes Land hält das aus.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Kollege Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion.

(Unruhe)

Matthias Fischbach (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich den Titel dieser Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich mich wirklich gefragt, warum ein solches Thema heute im Bayerischen Landtag zur Debatte steht. Gibt es denn konkreten Handlungsbedarf von landesweiter Bedeutung? Worauf soll das Ganze hinauslaufen? – Eigentlich gibt es eine klare Rechtslage und damit auch keine größeren Probleme in Bayern. Im Grunde geht es erst einmal um bau- und immissionsrechtliche Fragestellungen. Dazu gibt es entsprechende Gesetze. Letztlich ist es dann auch eine Sache der Kommunen vor Ort zu entscheiden, ob und wie sie Ausnahmen genehmigen möchten oder nicht. Das gehört zum Kerngedanken der kommunalen Selbstverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn vor Ort kann mit allen Beteiligten am besten entschieden werden, was angemessen ist und was nicht. Wenn jemand mit den Entscheidungen dort unzufrieden ist, gibt es immer noch die Möglichkeit, dagegen zu klagen. Deswegen lautet meine Frage: Gibt es in dieser bewährten Systematik also eine grundlegende Schiefelage, die eine landesrechtliche Sonderregelung erfordern würde? – Ich denke nicht. Warum also diese Debatte? Warum ist der Muezzin-Ruf Thema dieser Aktuellen Stunde?

Die AfD argumentierte mit Identitätsfragen, als ob die Identität der bayerischen Mehrheitsgesellschaft davon abhinge, dass hier eine religiöse Minderheit die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder andere auch wahrnimmt. Davon kann unsere bayerische Identität doch nicht gefährdet sein! Wir können stolz darauf sein, wo Bayern heute steht. Haben wir denn aus unserer Geschichte nichts gelernt? – Doch, wir haben gelernt; das ist das Tolle. Wie oft wurden in dieser Geschichte Religionen leider instrumentalisiert, um politische Interessen durchzusetzen! Wie oft wurden deswegen Kämpfe und Kriege geführt! Wie oft wurden religiöse Minderheiten Opfer von Hetze und Verfolgung! Das sage ich auch als Abgeordneter Erlangens, einer Stadt, die we-

sentlich von aus religiösen Gründen Verfolgten geprägt worden ist. Die Religionsfreiheit ist in all ihren Ausprägungen eine der größten Errungenschaften unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie ist ein Erfolgsmodell und wurde aus historischer Erfahrung im Grundgesetz und in der Verfassung verankert.

(Beifall bei der FDP)

Man kann zum Beispiel beim Thema Immissionsschutzgesetz darüber reden, ob die Grenzen so richtig sind, wie sie sind – dann aber religionsübergreifend. Wer aber glaubt, wieder damit anfangen zu können, religiöse Besonderheiten einzelner Gruppen herauszugreifen und zu problematisieren,

(Zuruf)

wer versucht, damit gezielt Stimmung zu machen – was Sie tun –, statt auf etablierte Verständigungsprozesse vor Ort zu setzen, der verfolgt damit eigentlich nur ein Ziel, und das wissen Sie auch: diese Gruppen auszugrenzen und die Bevölkerung gegen sie aufzuhetzen. Wer das macht, greift genau diese Grundprinzipien der Religionsfreiheit und damit auch die Prinzipien unserer liberalen Verfassung an.

Meine Damen und Herren, Artikel 107 Absatz 2 unserer Bayerischen Verfassung sagt: "Die ungestörte Religionsausübung steht unter staatlichem Schutz." – Wir feiern in diesen Tagen das 75-jährige Bestehen der Bayerischen Verfassung; hier ist ein großer Festakt geplant. Wer all das angreift, legt eigentlich die Axt an den Kern der bayerischen Identität. Wir stehen für die Liberalitas Bavariae, für "Leben und leben lassen"; dafür stehen wir ein. Wer die bayerischen Werte mit Füße treten will, ist hier fehl am Platz.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Kollege Josef Schmid für die CSU-Fraktion.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Immer wenn ich mit dem Kollegen Henkel auf dem Gang von Münchner zu Münchner ein paar Worte wechsle, dann kommt es mir so vor, als wolle er den Eindruck eines großstädtischen liberalen AfDlers machen. Trotzdem war ich vorhin fast überrumpelt von diesem – zumindest für mich als Laien – so perfekt klingenden Arabisch. Ich habe mich gefragt, ob Sie im Gegensatz zu Ihrer Partei schon so weit gegangen sind, dass Sie zum totalen Islamfreund konvertiert sind, nachdem Sie diese Sätze so perfekt aussprechen. – Nein, schon im zweiten Satz ging es wieder mit dem typischen Populismus und der typischen Hetze der AfD los. Die lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Verehrte Kolleginnen, ich bedanke mich ganz besonders beim Kollegen Prof. Dr. Bausback, weil er unsere Haltung sehr differenziert und ganz klar zum Ausdruck gebracht hat. Wir sind als Verfassungs- und Rechtsstaatspartei für die Religionsfreiheit des Artikels 4 des Grundgesetzes. Sie steht dort auch nicht ohne guten Grund. Sie hat sowieso ihre Begründung, in Deutschland nach dem millionenfachen Mord der Nazis an den Juden natürlich aber eine ganz besondere.

(Unruhe)

Das hat leider auch heute wieder Tagesaktualität. Juden werden wieder wegen ihres Glaubens von Rechtsextremen und Rechtsradikalen, interessanterweise in diesem Zeitalter aber auch von Linksradi-kalen – denkt man an die Bewegung, die zum Boykott gegen den Staat Israel aufruft –

(Zuruf)

und von Islamisten und Radikalen bedroht, die mit diesem religiösen Radikalismus heute Attentate verüben. Deswegen sage ich Ihnen ganz klar, wogegen wir sind: Wir sind gegen Islamismus. Wir sind gegen die politische Inanspruchnahme der Religion

des Islams, mit der vielleicht islamistische Terroranschläge begründet würden. Wir sind gegen Anschläge und gegen Hassaufrufe.

Im Gegensatz zu Ihnen von der AfD sind wir aber für ein Miteinander, meine Damen und Herren. Wir sind für die gelingende Integration von Menschen, die sich zu unseren Grundwerten bekennen, die in unserem Land leben wollen und Beiträge zu unserem Land leisten. Wir sind für das Miteinander und die Betonung des Gemeinwesens. Genau deshalb – weil sie auf vorbildlichem Weg marschieren – sagen viele Moscheevereine ganz klar, dass sie selbst keinen Muezzin-Ruf mehr wünschen. Der Imam von Penzberg hat beispielsweise nach der Antragstellung gemerkt, dass das nicht auf Verständnis bei den angestammten Penzbergerinnen und Penzbergern stößt, und den Antrag zurückgezogen. Das ist ein gelungener Beitrag und das Gegenteil von Spalten, Trennen und Hetzen, was Sie machen.

Ein weiteres Beispiel ist Serap Güler, die Integrationsstaatssekretärin von Nordrhein-Westfalen und Mitglied der CDU; Kollege Henkel hat sie zitiert. Sie hat klar gesagt, dass der Muezzin-Ruf nicht notwendiger Bestandteil ihrer Religion ist, sondern es ihr vielmehr darauf ankomme, dass das Miteinander unter den Vorzeichen unserer Kultur – das ist völlig klar –, aber auch das Miteinander von Mehrheiten und Minderheiten und die Wahrung der Rechte von Minderheiten gelingt. Das hat sie betont, und das hat bei Ihnen, Herr Henkel, gefehlt. Viele andere Muslime und Moscheevereine, die den Muezzin-Ruf gar nicht wollen, betonen das auch. Insofern ist die Frage zur Aktualität völlig zu Recht gestellt worden.

Eines ist aber klar, und das ist auch der Grund, warum wir diese Debatte führen müssen: Sie wollen hetzen. Sie wollen spalten. Und Sie wollen auf populistische Art und Weise ein Thema hochziehen, das es heute so gar nicht gibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Johannes Becher für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Stunde ist grundsätzlich eine gute Gelegenheit, um über die ganz wesentlichen Themen und Probleme Bayerns im Hohen Haus zu sprechen. Wir haben zuletzt über Alltagskompetenz und Bildung gesprochen. Wir haben über Klimafolgen vor unserer Haustür, über die Rettungsdienste, die Feuerwehr und das THW als Säulen unserer Gesellschaft gesprochen. Das sind wesentliche Themen für das Gemeinwohl und die Menschen in Bayern.

(Unruhe)

Die AfD dagegen beschäftigt sich lieber mit Themen, die in Bayern überhaupt kein Problem darstellen, heute mit dem möglichen Ruf eines Muezzins. Gibt es denn in Bayern damit größere Probleme? Ist das ein Thema, das in Städten, Gemeinden und Dörfern flächendeckend vorhanden ist? – Ich wüsste nicht. Aber trotzdem nutzt die AfD dieses Thema, um zu versuchen, in diese Gesellschaft wieder einen kleinen Spalt reinzubringen.

Mir persönlich ist das Thema Muezzin-Ruf bisher nur an einer einzigen Stelle in Bayern negativ aufgefallen, nämlich durch Pegida. Diese AfD-Freunde von Pegida haben monatelang nichts Besseres zu tun gehabt, als in der Münchner Innenstadt extrem laute Muezzin-Rufe vom Band abzuspielen, um den Leuten den Islam madig zu machen. Das Einzige, was ihnen gelungen ist: einen erheblichen Schaden bei den umliegenden Geschäften zu verursachen, denn da, wo Pegida und Konsorten sind, will keiner hin.

(Beifall – Heiterkeit)

Ich mag an Bayern unseren Grundsatz vom "Leben und leben lassen". Das bedeutet, dass sich Menschen frei entfalten können, aber nicht grenzenlos frei, sondern mit Rücksicht auf andere, auf ihre Mitmenschen, auf das Gemeinwohl. Das heißt auch, dass man den anderen sich frei entfalten lässt und sich nicht sofort beschwert, wenn einem irgendwelche Kleinigkeiten nicht passen. Wenn etwas unzumutbar ist, eine er-

hebliche Belastung, dann versuchen wir als Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen, eine verträgliche Lösung zu finden. Aber wenn, wie es in Penzberg der Fall war, überlegt wird, dass ein Muezzin am Freitag für einen Zeitraum von drei oder vier Minuten in einer verträglichen Lautstärke zum Gebet ruft, dann frage ich mich schon: Über welches großartige Problem reden wir eigentlich? – "Leben und leben lassen" – das fällt manchen Menschen in unserer Gesellschaft offenbar immer schwerer. So wird über alles und jeden geklagt. Die einen klagen über das Glockenläuten der Kirchen, die anderen über das Gebimmel von den Kühen auf der Weide. Wieder andere ziehen aufs Land und klagen, dass der Misthaufen nach Mist riecht.

(Heiterkeit)

Jetzt wird sich prophylaktisch gleich im Vorfeld beschwert, dass der Muezzin vielleicht zu laut oder zu lange rufen könnte.

Mein Eindruck ist, dass sich die AfD gern zum verlängerten Arm von Querulanten macht. Das schadet dem Gemeinwohl und unserer Gesellschaft. Das ist genau das Gegenteil von "Leben und leben lassen".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie: Man muss den Ruf des Muezzins zwar nicht gut finden – ich finde auch vieles nicht gut –; aber ein bisschen etwas hält man doch aus. Wir leben in einem freien Land. Man kann sich bei uns zwar über alles aufregen; aber man muss nicht alles dramatisieren – außer man erhofft sich davon, dass man die Vorurteile ein bisschen bestärkt und am Ende dafür gewählt wird.

Ich glaube aber nicht, dass das der AfD gelingt, weil die Menschen in Bayern ein Gespür dafür haben. Ich bin der Meinung, dass vor Ort mit viel weniger Schaum vor dem Mund in Ruhe und Gelassenheit Lösungen gefunden werden, ob das geht und, wenn ja, unter welchen Auflagen. In Penzberg – der Kollege hat es gesagt – hat man es dann nicht gemacht. In Fürstfeldbruck und in München hat man es jetzt in Corona-

Zeiten erlaubt, eben unter vernünftigen Auflagen, sodass sich niemand gestört fühlt. Dann gibt es noch das Immissionsschutzrecht, das zu beachten und einzuhalten ist.

Wir brauchen keine zusätzliche Spaltung der Gesellschaft, sondern wir müssen schauen, dass wir diese Gesellschaft zusammenhalten. Das gelingt auch, aber nur, wenn wir ein bisschen aufeinander Rücksicht nehmen – ganz im Sinne von "Leben und leben lassen".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Gabi Schmidt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Henkel hat "großartig" angefangen: Erst mit einem Gebet, das er so sehr verunstaltet hat, dann mit der Aussage: Wer das am Freitagabend hört, hört Hass und Hetze. – Herr Henkel, wenn die AfD das Vorschlagsrecht für die Aktuelle Stunde hat, dann wissen wir, dass Hass und Hetze auf jeden Fall mit dabei sind. Sie schreien lauter, sie hetzen mehr, und das Schlimme ist: Wir verstehen Sie auch noch, im Gegensatz zum Muezzin. Wir können es verstehen, wollen es aber nicht in unser Herz lassen, weil es einfach schäbig ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ihnen ist von allen Kolleginnen und Kollegen vor mir erklärt worden, wie das Verfahren ist, wenn es einen Muezzin gibt. Aber ich glaube, das war gar nicht Ihr Anliegen. Wenn ein Mann, der da nach vorne geht und nicht einmal die Frauen im Saal begrüßen kann,

(Beifall)

in seinem zweiten Absatz darauf eingeht, dass man Frauen, Kinder und Homosexuelle vor dem Islam schützen muss, dann ist das einfach schäbig und verlogen, weil Sie in

den anderen Aktuellen Stunden genau auf die losgehen. Das ist einfach unstimmig. Wie soll ich das sagen? Suchen Sie sich Ihre Opfer jede Woche anders aus? Wie Verfahren funktionieren, können Sie eh nicht verstehen. Aber dass Sie für Ihren Rundumschlag auch noch Menschen instrumentalisieren, bei denen Sie dann die kritischen Punkte im politischen Islam ansprechen und auf die Sie dann normalerweise auch noch losgehen, ist einfach schäbig und verlogen, Herr Henkel!

(Zuruf)

– Sie sind lauter als ein Muezzin, bloß nicht so intelligent!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Heiterkeit)

Dann machen wir es doch wieder gut. Das muss ich vielleicht noch dazu sagen: Ausgerechnet die Fraktion mit den meisten Konfessionslosen – da können nicht einmal die GRÜNEN mithalten –

(Zuruf)

muss die Verteidigerin der Religion sein! Das ist an Verlogenheit nicht zu überbieten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vielleicht brauchen wir eine Diskussion zur inhaltlichen Abgrenzung von kritischen Punkten, die im politischen Islam vertreten werden. Aber die brauchen wir nicht mit Ihnen zu führen; denn wenn es um differenzierte Ansichten geht, sind Sie garantiert nicht die Richtigen, weil Sie bei einem Thema gerne einmal Tabula rasa machen und mit Hass und Hetze drübergehen. Wir brauchen nicht Hass und Hetze gegeneinander aufzuwiegen. Dazu brauchen wir Sie nicht. Wir wollen das sachlich machen, und wir werden das auch sachlich machen.

Nachdem Sie ein Gebet zitiert haben, würde ich gern ein Gebet aus meiner Religion zitieren: "Und vergebe uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern."

(Zuruf)

Herr Henkel, ich hoffe, dass Ihnen und den Ihren noch viele Ihre Schuld vergeben können, die Sie in dieser Zeit tragen. Ich hoffe darauf und bitte darum, dass dies auch uns immer gelingen möge.

(Zuruf)

– Sie werden hier schuldig, indem Sie Menschen aufeinanderhetzen und indem Sie Religionsfreiheit grundsätzlich infrage stellen und Probleme erfinden,

(Zuruf)

die es so nicht gibt, weil wir ein Immissionsschutzgesetz haben und weil wir kritische Punkte drinhaben,

(Zuruf)

die jeder Einzelne vor mir in seiner Rede gebracht hat. Ich habe da noch drei Seiten, in denen ich das weiter erkläre. Aber das bringt ja nichts. Sie wollen sich bewusst schuldig machen, um Menschen auseinanderzubringen. Das ist Ihr eigentliches Verbrechen. Da geht es doch nicht um einen Muezzin. Das ist das Thema der Woche: Wie hetze ich Bayern auf, wie hetze ich Deutschland auf? – Ich kann es zwar nicht so schön in Arabisch wie Sie, Herr Henkel – mehr Worte haben Sie eigentlich gar nicht verdient –, aber ich ende dann – Arif, ich hoffe, es ist korrekt – mit der Sure 60 Vers 7: Vielleicht stiftet da Gott Liebe zwischen euch, wo nur Feindseligkeit herrscht, und Gott ist bereit, euch zu vergeben. – Danke schön, und ich hoffe, wir machen in diesem Sinne weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Matthias Enghuber für die CSU-Fraktion.

Matthias Enghuber (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD will hier wieder einmal spalten; sie will Angst machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war sicher kein hilfreicher Beitrag von rechts außen zur Integration, die in keinem anderen Bundesland so gut und vorbildlich funktioniert, wie das hier bei uns in Bayern der Fall ist.

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen zur Integration, aber auch zu den christlich-jüdischen Grundwerten unserer Gesellschaft. Liebe AfD, da wäre es zunächst einmal angezeigt, dass die Grundwerte, für die Sie hier so lautstark eintreten möchten, zumindest vordergründig auch von Ihnen gelebt werden. Dazu passt es eben nicht, den Saal zu verlassen, wenn an diesem Pult eine Vertreterin des jüdischen Glaubens spricht.

(Beifall bei der CSU)

Dazu passt es auch nicht, sich gegen Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention zu stellen. Sie setzen sich heute einmal mehr eine Maske auf – immerhin keine Gasmasken wie damals bei Ihrem Querdenker-Auftritt. Wir lassen es nicht zu, dass Sie für unser Land und für unsere Gesellschaft sprechen. Wir lassen auch nicht zu, dass die prägenden Werte des Christentums, unserer christlich-jüdischen Tradition, ausgespielt und gleichgemacht werden. Gleichmacherei ist an dieser Stelle genauso falsch wie das, was wir von den GRÜNEN hören mussten. Das Geläut der Kirchenglocken und der Ruf eines Muezzins sind eben nicht zwei Seiten derselben Medaille. Wir stehen zu den Muslimen in unserem Land, die sich integrieren wollen und das auch tun.

Als in der Corona-Lockdown-Zeit eine Sondergenehmigung für Gebetsrufe galt, haben in Bayern – wissen Sie es? – ganze sieben muslimische Gemeinden davon Gebrauch gemacht. Der überwiegende Teil der muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger lehnt den Muezzin-Ruf selbst ab, weil sie nicht spalten, sondern Verständnis für ihren Glauben schaffen wollen. Außerdem ist der Muezzin-Ruf für die lebendige Religionsausübung im Islam nicht unbedingt notwendig. Die Kollegen von der AfD führen daher

eine Scheindebatte. Ihnen geht es weder um die integrierten Muslime in diesem Land, noch geht es Ihnen um die christlichen Gemeinden. Keiner aus der Mehrheitsgesellschaft unseres Landes wird Ihnen da auf den Leim gehen.

Die einzigen, denen Sie helfen, sind die Scharfmacher in allen Lagern des politischen Extremismus, auch auf der Seite des Islamismus. Ich danke Gott dafür, dass Sie mit dieser Position in Bayern eine ganz kleine Minderheit sind. So möge es bleiben. Das brauchen wir hier im Bayerischen Landtag nicht. Ich danke allen muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich integrieren wollen und sich in unsere Gesellschaft einbringen. Das ist der weit überwiegende Teil. Mit diesen Leuten bauen wir unsere Gesellschaft für die Zukunft auf. Mit Ihnen von der AfD werden wir das ganz sicher nicht tun.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Staatsregierung spricht nun Herr Staatsminister Joachim Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Lassen Sie mich gleich eingangs eines klarstellen: Leider wird hier seitens der AfD wieder einmal ein unwürdiges Spiel gespielt. Es soll der falsche Eindruck erweckt werden, als ob im Freistaat demnächst in jeder Moscheegemeinde der Muezzin-Ruf mehrmals am Tag erschallen würde. Das ist definitiv nicht der Fall. Die AfD hat eine Aktuelle Stunde zu einem Thema beantragt, das in Bayern überhaupt nicht aktuell ist.

Die meisten Moschee-Vereine in Bayern nehmen aktuell vom Gebetsruf Abstand, weil sie wissen, dass sie in einer mehrheitlich nicht muslimischen Bevölkerung gar nicht die Personen erreichen, für die der Ruf bestimmt sein soll. Mittlerweile haben viele gläubige Muslime sogenannte Gebets-Apps auf ihren Smartphones. Sie erinnern sie an das Gebet. Damit hat der Muezzin-Ruf nicht mehr die gleiche Bedeutung. Er ist auch für die Ausübung der Religion nicht erforderlich.

Für die Integration hat vielleicht auch manchmal ein Gebetsruf keine positive Bedeutung; denn er führt weder zu den für die Integration so wichtigen Begegnungen mit der Mehrheitsgesellschaft noch zum interreligiösen Dialog. Wer sich in unserer Bevölkerung umhört, der wird zweifellos klar erkennen, dass die ganz große Mehrheit in unserem Land weder am Freitag noch an anderen Tagen lautstarke Muezzin-Rufe aus riesigen Lautsprechern hören will.

Wer diese Stimmung ignoriert, verbessert die Lage nicht, und er reduziert auch nicht die Polarisierung, sondern verschärft sie eher. Klar ist, dass die Mehrheit der Menschen in Bayern zur christlichen Tradition und Prägung unseres Landes steht. Dazu gehört selbstverständlich auch die Garantie der Religionsfreiheit für jeden und jede in unserem Land. Dazu gehört auch der Widerstand gegen alle fanatischen Intoleranten, die diese Religionsfreiheit infrage stellen. Meine Damen und Herren, wir brauchen Widerstand gegen radikale Islamisten genauso wie gegen radikale Rechtsextreme.

(Beifall bei der CSU)

Umso wichtiger sind mir und, so denke ich, vielen von uns der interreligiöse Dialog und das tolerante Miteinander. Dabei möchte ich ausdrücklich betonen, dass die Toleranz von allen Seiten kommen muss. Für Hass und Hetze ist kein Platz. Ich finde es auch unverantwortlich, wenn hochgezogene Scheindebatten, wie sie die AfD hier führt, dem Misstrauen Vorschub leisten und die Bevölkerung spalten. Der Dialog zwischen den Kulturen und Religionen ist angesichts einer zunehmend wahrnehmbaren gesellschaftlichen und politischen Radikalisierung wichtiger denn je. Diese Radikalisierung ist sicherlich nicht bei der Mehrheit unseres Volkes, aber leider bei zu vielen festzustellen.

Als positives Beispiel will ich hier nur das Bayerische Forschungszentrum für Interreligiöse Diskurse nennen, das an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg eingerichtet worden ist. Es ist ein Paradebeispiel für den interreligiösen Dialog und leistet einen wichtigen Beitrag für das friedliche Zusammenleben und die gegenseitige

Anerkennung von Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit. Dank der vor einem Jahr vom Landtag zusätzlich bewilligten Mittel kann das BaFID seine Aktivitäten deutlich verstärken. Ich will zu Beginn des nächsten Jahres mit dem BaFID zu einer Konferenz des interreligiösen Dialogs und Diskurses einladen. Im Kuratorium dieses Bayerischen Forschungszentrums für Interreligiöse Diskurse wirken neben mehreren Kolleginnen und Kollegen des Landtags aus mehreren Fraktionen auch namhafte Vertreter des Judentums und des Islam sowie beispielsweise aber auch Kardinal Marx und Landesbischof Bedford-Strohm mit. Die Repräsentation ist also sehr hochrangig.

Wir wollen diesen interreligiösen Dialog mit Christen, mit Juden, mit Muslimen und Angehörigen anderer Religionen deutlich verstärken. Dies ist der beste Weg, Hass, Hetze und Intoleranz wirksam zu bekämpfen. Das ist übrigens auch ganz im Sinne der Präambel unseres Grundgesetzes, im Bewusstsein unserer "Verantwortung vor Gott und den Menschen". Dazu sind alle Gottgläubigen eingeladen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.